

Die freie Meinung

11. Jahrgang

Bezugspreis einjährlich 3.00 Mark, halbjährlich 1.80 Mark, vierteljährlich 1.00 Mark. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 25% Rabatt. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 40% Rabatt. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 50% Rabatt. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 75% Rabatt. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 85% Rabatt. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 95% Rabatt. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 98% Rabatt. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 99% Rabatt. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 100% Rabatt.

Wochenzeitung für Politik und Kultur

Größte politische Wochenzeitung des Ostens

Anzeigenpreis Die Zeile 1.00 Mark, 2.00 Mark, 3.00 Mark, 4.00 Mark, 5.00 Mark, 6.00 Mark, 7.00 Mark, 8.00 Mark, 9.00 Mark, 10.00 Mark, 11.00 Mark, 12.00 Mark, 13.00 Mark, 14.00 Mark, 15.00 Mark, 16.00 Mark, 17.00 Mark, 18.00 Mark, 19.00 Mark, 20.00 Mark, 21.00 Mark, 22.00 Mark, 23.00 Mark, 24.00 Mark, 25.00 Mark, 26.00 Mark, 27.00 Mark, 28.00 Mark, 29.00 Mark, 30.00 Mark, 31.00 Mark, 32.00 Mark, 33.00 Mark, 34.00 Mark, 35.00 Mark, 36.00 Mark, 37.00 Mark, 38.00 Mark, 39.00 Mark, 40.00 Mark, 41.00 Mark, 42.00 Mark, 43.00 Mark, 44.00 Mark, 45.00 Mark, 46.00 Mark, 47.00 Mark, 48.00 Mark, 49.00 Mark, 50.00 Mark, 51.00 Mark, 52.00 Mark, 53.00 Mark, 54.00 Mark, 55.00 Mark, 56.00 Mark, 57.00 Mark, 58.00 Mark, 59.00 Mark, 60.00 Mark, 61.00 Mark, 62.00 Mark, 63.00 Mark, 64.00 Mark, 65.00 Mark, 66.00 Mark, 67.00 Mark, 68.00 Mark, 69.00 Mark, 70.00 Mark, 71.00 Mark, 72.00 Mark, 73.00 Mark, 74.00 Mark, 75.00 Mark, 76.00 Mark, 77.00 Mark, 78.00 Mark, 79.00 Mark, 80.00 Mark, 81.00 Mark, 82.00 Mark, 83.00 Mark, 84.00 Mark, 85.00 Mark, 86.00 Mark, 87.00 Mark, 88.00 Mark, 89.00 Mark, 90.00 Mark, 91.00 Mark, 92.00 Mark, 93.00 Mark, 94.00 Mark, 95.00 Mark, 96.00 Mark, 97.00 Mark, 98.00 Mark, 99.00 Mark, 100.00 Mark.

Nr. 28 — Preis 20 Pfg.

Breslau, 13. Juli 1929

Erscheint 1 mal wöchentlich

Barbarische Begnadigung eines Breslauer Zuchthäuslers Versteckspiel des Grafen Christian / Zur Kommunalbankaffäre Unglaubliche Behandlung der Kleinrentner Stahlhelm geht vor? Unfaßbarer Schulkandal in Schweidnitz

Dass Herr Hugenberg mit Adolf Hitler schon längst im Bunde ist, hat „Die freie Meinung“ bei einer früheren Gelegenheit als erste deutsche Zeitung festgestellt. Herr Hugenberg hat freilich von seinem Bündnis in der Öffentlichkeit nie so recht sprechen wollen, wahrscheinlich weil es ihm peinlich war, seine zahlreichen jüdischen Redakteure, die als Presseträger der deutschnationalen Politik schon genug belastet sind, auch noch für Adolf Hitler schreiben zu lassen. Nun hat er doch, ohne die jüdischen Redakteure aus den Betrieben hinauszuerwerfen, offensichtlich zu Adolf Hitler bekannt, sie stehen nunmehr Schulter an Schulter in dem sogenannten „Arbeitsausschuss für das deutsche Volksbegehren“. Mit der Gründung dieses Ausschusses hat der Stahlhelm seine politische Ohnmacht erwießen, denn anfänglich wollte er allein das Volksbegehren, das nun dieser Reichsausschuss propagieren soll, um Siege tragen. Man sah im Geiste schon den Magdeburger Zementwerkefabrikanten Gelshte und Herrn Duesterberg als die heimlichen Diktatoren Deutschlands, und nun sind sie nur Namen unter vielen anderen. Das ist bitter für die Herren, denn damit wird dokumentiert, daß sie noch Vormünder gebrauchen, um erst einmal politisch richtig gehen zu können. Zweifellos hat man den früheren Reichsminister Schiele in den Reichsausschuss nur hineinbekommen, weil man ihm das Versprechen gegeben hat, den Stahlhelm politisch gänzlich zu lassen, damit seine Führer, wie sie es in den verschiedensten ungelauteten Kundgebungen getan haben, nicht noch mehr politische Vorlesungen kaputt trampeln. Jedenfalls haben wir jetzt einen „Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren“, der sich in die vaterländischen Verbände von Hugenberg bis Hitler erstreckt, und wir können nun abwarten, was für ein Kundsturz in das Reich des deutschen Volkes gelegt wird. Die Idee ist also schon da, aber es scheint doch noch die Befürchtung zu bestehen. Im wesentlichen geht es gegen den Young-Plan, der uns angeblich erpreßt sein soll und der noch schlimmer sei als der Dawes-Vertrag, dieneil dieser bekanntlich mit Hilfe der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten durchgeführt wurde, was die deutschnationale Volkspartei niemals abgelehnt hat, auch gegen den Dawes-Vertrag wie gegen Windmühlen anzukommen. An dieser Stelle wurde oft ausgeführt, daß der Young-Plan zwar eine arge Belastung der deutschen Wirtschaft, aber immerhin eine Befreiung der europäischen Wirtschaft mit sich bringe. Diese voraussetzliche Befreiung beunruhigt in Wirklichkeit die gesamte schwarzweiße Rechte, weil in einer gedeihenden Republik das Volk von der radikalen Reaktion nicht mehr wissen will. Der „Arbeitsausschuss für das deutsche Volksbegehren“ sollte sich in „Arbeitsausschuss für den Kampf um die schwarzweißrote Griffling“ umbenennen, dann würde er ehrlicher sein. Mit den schwarzweißroten Farben geht es nämlich immer mehr bergab, seitdem der Vorsitzende der deutschen Kriegervereine, General von Horn, sich auch für schwarzrotgold ausgeprochen und vor dem Stahlhelm sowie den vaterländischen Verbänden rüchlos gewarnt hat, seitdem der Jungdeutsche Orden Anschluss an die Republik suchte und selbst maßgebende Kreise der Deutschen Volkspartei für schwarzrotgold einige Lanzen brachen. Zu allem Überflus wird jetzt auch der Reichswehrminister bei der Armee eifrig für schwarzrotgold. Das Geschrei der schwarzweißroten Reaktion wird also den katastrophalen Zusammenbruch ihrer Reichen nicht aufhalten, um so mehr, als das Volksbegehren zunächst einmal auch die parlamentarischen Seiten wiederbringen soll, die unter Wilhelm dem Ausgerissenen bestanden und die vom gesamten Volke bekämpft

Vor etwa 1½ Jahren erlebte Schweidnitz eine ungeheure Sensation. Das seit zehn Jahren in Schweidnitz von den Töchtern geleitete, ohne daß die Bürger auch nur „pieps“ zu sagen wagten, hatte plötzlich eine kleine, aber überaus nette, honorierte Schweidnitzer Zeitschrift mit dem bezeichnenden Namen „Die Chronik“, herausgegeben und gegründet von Georg Eichen, von dem wir nur wissen, daß er früher einmal Offizier gewesen war, mit kalten Worten ausgesprochen. Da war der

Studienrat Dietrich am humanistischen Gymnasium zu Schweidnitz.

Dieser Herr ist selbstverständlich den gesellschaftlichen Gepflogenheiten solcher Städte entsprechend, deutschnational bis auf die Knochen, ja sogar im Vorstande der Stadtverordnetenversammlung und ihr Schriftführer. Ein solcher Mann mußte natürlich mit noch mehr Ehrenämtern bedacht werden, also wurde er auch Vorsitzender im Verein für das Deutschtum im Ausland, Vorsitzender im Evangelischen Bund, Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Schweidnitz der deutschnationalen Volkspartei und Vorsitzender des Philologervereins. Nach allgemeinen gültigen bürgerlichen Begriffen ist nun so ein Mann selbstverständlich im höchsten Maße würdig, und wenn dem, der es wagt, diesem Würdigen entgegenzutreten, der wird von der Empörung der Allgemeinheit gemeldet und in Millionen Atome zerrieben. Die „Chronik“ von Schweidnitz hat aber erfahren dürfen, daß es nur die läbige Clique um die dortige deutschnationale „Tägliche Rundschau“ ist, die sie geschnitten wollte, aber die herüberaufsteigende Faust emporhob sich auf Papier, denn die Sympathien der anständigen Bürgerschaft waren mit der „Chronik“. Herr Studienrat Dietrich entpuppte sich der Öffentlichkeit gegenüber trotz seiner zahlreichen Würden und Ämter plötzlich als

ein schlimmer Trunkenbold mit einer schmierigen Vorlesung für das weibliche Geschlecht,

also als ein Pädagoge, der seinen Schülern nicht mit gutem Beispiel voranging. Nichts bedeutet das Verhältnis des Herrn Studienrats zu seinen Schülern so sehr, als folgende wahre Geschichte: Eines Tages fehlte der Herr Studienrat wieder im Unterricht. Der Direktor des Gymnasiums trat in die sich selbst überlassene Klasse und fragte: „Guter Ordinarus ist wohl wieder krank?“ Da scholl es einhellig zurück: „Ne, nicht krank, sondern besoffen!“ Die Schüler mußten Abscheu, denn mitunter, wenn sie zur Schule gingen, kam Herr Studienrat Dietrich sternhagel betrunken erst nach Hause gemeldet. Daß er an solchen Vormittagen nicht mehr zur Schule ging, ist selbstverständlich.

er meldete sich einfach krank.

Unbegreiflich bleibt nur, daß die Schulaufsicht diesem Treiben gegenüber verhältnismäßig still blieb; schon nach den wenigen hier wieder-

gegebenen Kostproben hätte Herr Dietrich sofort aus seinem Schulamte entfernt werden müssen; sollte sich der Verein für das Auslandsdeutschtum, der Evangelische Bund und die Schweidnitzer Stadtverordnetenversammlung mit ihm umhüpfen, als Lehrer der Jugend war er in jedem Falle ungeeignet. Nach den Veröffentlichungen über diesen Pädagogen, der auch kraft seiner Zugehörigkeit zu einer altpreussischen Loge gehalten wurde, wurde endlich eine Disziplinarische Untersuchung statt. Der Studienrat wurde vom Amte suspendiert und erhielt dann

eine milde Geldstrafe von 780 Mark.

Das Urteil des Disziplinargerichts stellte ausdrücklich fest, daß Dietrich seine Schüler „unwürdig, willkürlich und ungerecht behandelt“ habe. Damit ergibt sich, daß Herr Dietrich überhaupt keine Eignung als Pädagoge besitzt. Und nun bringt die „Chronik“ eine Mitteilung, die so handlich ist, daß sie unbedingt weit über Schweidnitz hinaus Interesse verdient, nicht doch damit auch beweisen, was Claqueurwirtschaft doch alles anrichten kann.

Herr Studienrat Dietrich soll nämlich nach 1½jähriger Beurlaubung wieder am humanistischen Gymnasium in Schweidnitz angestellt werden!

Der Oberbürgermeister von Schweidnitz, den die Schweidnitzer in Kürze ohne Tränen im Auge abgehen lassen werden, denn seine Amtszeit ist erfreulicherweise um, bemerkt sich parfümiert um die Wiederangestellung des Herrn Dietrich! Der Skandal ist also perfekt, um so mehr, als das Provinzialschulkollegium in Breslau vor Augen erklärt hat, daß Dietrich als Lehrer überhaupt nicht mehr in Frage kommen könne. Wenn Herr Dietrich Republikaner gewesen wäre, so wäre er natürlich schon längst über Bord geschmissen worden, aber die deutschnationale Clique hält wie Eien zusammen und läßt keinen ihrer Schützlinge fallen. Warum muß Herr Dietrich in Schweidnitz bleiben? Weil alle Schulen, an die man ihn versetzen wollte, sich für diesen Pädagogen bedanken, niemand will diesen Lehrer anstellen. Offenbar hat sich der Oberbürgermeister von Schweidnitz über die Fähigkeiten des Herrn Dietrich an der Hand der Nachschlüsselüberzeugen, die dieser Pädagoge seinem, des Oberbürgermeisters, Sohn während des unfehligen 1½jährigen Urlaubs gegeben hat. Die Schweidnitzer aber wissen, daß sich

in den geruchlich festgestellten „alloschollisch-libidosen“ Neigungen des Herrn Dietrich nichts geändert

hat. Wir sind begierig zu erfahren, was das Provinzialschulkollegium zu den Bestrebungen des Herrn Oberbürgermeisters in Schweidnitz sagen wird, zumal da der Elternrat des nun wieder bedachten Gymnasiums Herrn Dietrich bereits einmütig abgelehnt hat.

Dr. — ght.

wurden; sie haben uns schließlich ins Verderben getrieben. Der Reichspräsident soll eine wesentliche Erweiterung seiner Rechte erhalten, die Immunität der Reichstagsabgeordneten soll beschränkt werden. Das dafür ausgerechnet Adolf Hitler eintritt, ist besonders lässlich, denn die Nationalsozialistische Arbeiterpartei konnte tatsächlich nur geheißen, weil ihre Abgeordneten die Immunität vollständig ausnützen, so daß schließlich einige Parlamente die Aufhebung der Immunität gerade nationalsozialistischer Abgeordneter beschließen mußten. In Wirklichkeit bedeutet das angestimmte Volksbegehren nur eine böse Spiegelfechtere; es ist schwer zu glauben, daß man die nötigen vier Millionen Stimmen aufbringen wird, um das Begehren vor den Reichstag zu bringen, wo es, weil es verfassungsändernd ist, zwei Drittel aller Stimmen erhalten muß, um wirksam zu werden. Die Kreise um Hugenberg haben selbst ausgerechnet, daß die Durchführung des Volksbegehrens immerhin die nette Summe von

sieben Millionen Mark kosten würde, wobei nicht gesagt wird, ob damit die Propaganda oder der Wahlsapparat gemeint ist, den der Arbeitsausschuss ja bezahlen muß, wenn das Volksbegehren mißglückt. Einige Herren des Arbeitsausschusses können es sich wegen ihres Namens nicht leisten, es weiter so zu machen, wie es bisher gemacht wurde, nämlich den Termin für das Volksbegehren immer wieder hinauszuschieben; es ist deshalb anzunehmen, daß wir es in Kürze auch wirklich erleben werden, wahrscheinlich, wenn der Young-Plan dem Reichstag zur Beratung vorliegen wird. Allerdings kennt sich ja niemand in der geistigen Verschaffenheit der schwarzweißroten Reaktion aus, die deutschnationale Volkspartei hatte das Volksbegehren schon im Jahre 1927 projiziert; Herr von Reubell, damals Reichsminister von deutschnationalen Gnaden, sollte es trummfingrig aus der Tasche haben, aber die Musik der Pinkapresse verdrängte den Herrschaften den Geschmack. Heben sich die Freunde des § 218 zu einer Abtreibung

und dem neutralen DSB. eine geschlossene Beamtenorganisation zu machen.
Es gewinnt also den Anschein, als ob in Führerkreisen der deutschen Beamenschaft sich die Ueberzeugung durchsetzen begünne, wann eine der herausgehenden Gefahren am ehesten und wirksamsten durch eine rein organisatorische Maßnahme, die Herstellung der unbedingten neutralen Einheitsfront, beschworen. Uns dünkt jedoch, daß dabei der Organisationsgedanke als solcher eine gefährliche Ueberhöhung erfährt. Organisation ist gewiß nichts Unverfälschtes, aber es darf nicht in den Fehler verfallen, Organisation mit Organisation zu verwechseln. Sonst läuft man Gefahr, den Lebensgeist, der den Organismus belebt und am Leben erhält, zu töten, und dergestalt den Organismus, den man schützen will, erst recht dem Untergang auszuliefern.

Die Verwischung von Organisation und Organismus

Man hat nun aber mehrfach Beamtenführern, deren reichlichste Rollen nicht mit einer Silbe angeeignet werden soll, widerfahren zu sehen. Die Tatsache, daß das deutsche Berufsbeamtenamt ein einheitlicher und — wie wir gütlich hoffen — auch immer noch lebensfähiger Organismus ist, bedingt noch lange nicht die Herstellung einer organisatorischen Einheitsfront. Nicht das ist in dem Kampf um die Erhaltung eines für den Staat unentbehrlichen Berufsbeamtenstandes das Wichtigste, diese einheitliche Organisationsfront herzustellen, sondern darauf kommt es an, den lebendigen Organismus mit einem einheitlichen Geiste zu erfüllen, der auch in getrennten Organisationslagern eine einheitliche Zielsetzung zu gestalten weiß. Sind für eine derartige Politik Anlässe vorhanden — und wir glauben, daß das der Fall ist —, so könnte man ebensogut auf diesen Anlässe weiterbauen, und nicht der Organisationsfrage allein eine Bedeutung beilegen wollen, die ihr nicht zukommt. Ja, wir wagen es zu behaupten, daß eine Beamtenpolitik, die die Dinge nur von der organisatorischen Seite zu meistern versucht, allen Anstrengungen zum Trotz auf der Strecke bleiben kann.

Im übrigen hat die Beamtenpolitik ja gerade in den letzten Jahren viel Verfehltes einer „Pur-Organisationspolitik“ mit Händen greifen können. Das gurgelt als triumphal angepriesene Heraushebung des reinen Jüngers der Beamten aus dem christlichen Gewerkschaftslager hat sich doch — je länger, je mehr — als eine schwere Schädigung der politischen Situation des Berufsbeamtenstums

erwiesen. Für die nicht gerade beamtenfreundliche Politik Stegerwalds und seiner Kollegen aus dem christlichen Gewerkschaftslager ist ja gerade dadurch so recht eigentlich die Bahn freigemacht worden. Es mag sein, daß man damals nicht gut anders handeln konnte. Aber doch nur um Himmels willen nicht jetzt noch, da es um die letzte Entscheidung geht, die Augen vor den schweren Folgen dieser Politik zu schließen! Gerade jetzt tut Klarheit und unerbittliche Selbsterkenntnis not. Sonst läuft die Beamtenpolitik Gefahr, daß sie mit ihrer schönen organisatorischen Einheitsfront vollkommen kollert. Und selbst die letzten Hemmnisse beseitigt, die in anderen Parteienlagern heute vielfach noch vorhanden sind. Mag der Widerstand des freigeistlichen DSB. gegen die Verwirklichungspläne des Abgeordneten Steinke auf Außenen gelöst werden, aus welchen es immer sei, das eine erscheint beachtlich, daß dieser Widerstand mehr den wahren Interessen des Berufsbeamtenstandes Rechnung tragen kann, als die als Wehrmittel angepriesene rein organisatorische Einheitsfront.

Verschwendungssucht bei der Reichswehr
Erkauuliche Großzügigkeit

Bei der Beratung des Reichswehretats führte der Berichterstatter, Abgeordneter Städel, über die Finanzanforderung des Reichswehretats unter anderem folgendes aus:
Bei Kapitel 1, Titel 4, findet sich folgende Position:
„Außerordentliche Angestellte, Gehaltsbezüge 20 780 Mark.“
Dabei wurde nur ein außerordentlich Angestellter aufgeführt. Weiter fragt, wer dieser Angestellte sei, und wofür die Marine einen solchen hochbezahlten Angestellten brauche.

Es ist eines Marinegeneralarztes sollten künftig drei Marinegeneralarzte vorhanden sein. Die Marineleitung in Berlin hätte 61 Offiziere, 303 Beamte, 7 Beamte Hilfskräfte.

Zum Schluß — wie sie empfand — spielte ein Knabe vor der Kaiserin. Sie verlor sich in einen Ekstase, wenn er Herrn Albert herunterschleuderte.

Es dauerte gar nicht lange, so kam er. Schlang, ein sportlicher Körper, im groben Ganzen, ein hübscher Mensch, vielleicht ein Jüngling, um treu zu sein. Über die Frauen haben für solche Männer keine falsche Eindrücke.

„Sieh mal, wie dumm du bist,“ begrüßte er Agnes vorwurfsvoll. „Nicht selbst herauskommen, schickst du einen Jungen. Ich tu dir doch nichts, wenn du herauskommst. Also komm!“

Er schickte sie an den Arm. Sie ließ sich doch nicht zucken. Ein beständiges Anspannen gab ihr Kraft zum Widerstand gegen seine Worte. So oft gehörten Fälschungen, und wenn ihr dabei auch das Herz zitterte.

Mit Tränen in den Augen ergab sie ihm:
„Nicht mal, es hat schon wieder Vater gegeben. Vater ist so groß wie wir.“

Herr Albert, der wieder einmal erkennen mußte, daß seine Ueberzeugungslinie sie jetzt doch nicht auf seine Bude locken würde, sagte:

„Warte einen Augenblick, ich hole nur Hut und Mantel.“
Dann gingen sie eng eingehakt nach der Richtung Scheiniger Dorf davon.

Herr Albert hat sehr indigniert:
„Ich weiß gar nicht, was dein Vater gegen mich haben kann. Er hat mich noch nicht einmal nach mir erkundigt. Sonst würde er seinen Widerstand sofort fallen lassen. Überall würde er hören, daß ich eine große Zukunft habe. Kann er da seine Tochter besser unterbringen? Und darauf hat es einem Vater doch nur ankommen?“

„Du bist so klug, Albert!“ bewunderte ihn Agnes.
Und schlagend phantasierte Albert von seinen Zukunftslagen weiter, wobei er manchmal so verächtlich über den Kaufmann der Vergangenheit sprach, daß Agnes sich doch betrogen fühlte, die zu unterbreiten:

„Du mußt schließlich meinen Vater auch verstehen. Er ist wohl hauptsächlich deshalb so nervös, weil er in letzter Zeit große geschäftliche Verluste hatte und deshalb sehr schwer kämpfen muß, weißt du.“

Im Nu brach Herr Albert seine Zukunftsmusik ab.
„Gut!“ sagte er:

„So? Dein Vater hat viel Verluste gehabt? Da braucht er jetzt noch viel Kredit, wie? Das interessiert mich sehr!“

(Fortsetzung folgt.)

kräfte und 88 nichtbeamtete Hilfskräfte, insgesamt 440 Köpfe. Im alten Reichsmarinestab sei sicher die Zahl nicht wesentlich höher gewesen, und es entspreche die Frage, ob man nicht

Hier des Guten zuviel

tue. Auf der West in Wilhelmshaven und beim Arsenal seien vorhanden 602 Beamte, 28 beamtete Hilfskräfte, 622 nichtbeamtete Hilfskräfte, also insgesamt 1210 Köpfe; die Zahl der Betriebsarbeiter betrage 2807. Man werde schließlich irgendeinen Betrieb in Deutschland finden können, in dem auf 8 Arbeiter bereits ein Angestellter oder ein höherer Beamter komme. Deshalb müsse die Frage geprüft werden, ob nicht in diesen Betrieben der Reichsmarine zu viele Beamte beschäftigt seien.

Der zweite Berichterstatter, Abgeordneter Tange, erwähnte über die Finanzanforderung des Reichswehretats unter anderem folgendes:

Für den kleinen Apparat, wie er der deutschen Marine auf Grund des Versailles Vertrages gelassen sei, sei die jetzige Veranlagung und Organisation viel zu groß. Die Marine brauche 2000 Beamte und beamtete Hilfskräfte, 1800 nichtbeamtete Hilfskräfte, 10 200 Verwaltungsarbeiter und 7200 Betriebsarbeiter auf den Werften. Wenn man einen Vergleich gleiche zwischen den Kosten der Marine im Jahre 1914 und im Jahre 1929, so ergäbe sich, daß diese

Kosten in erstaunlicher Weise gewachsen

seien. Im Jahre 1914 habe die deutsche Marine 306 Schiffe, 470 mittlere und 628 leichte Geschütze besessen. 1929 habe sie 16 Schiffe, 74 mittlere und 116 leichte Geschütze. 1914 habe die Marine 675 Torpedobohrer gehabt. Im Jahre 1929 besäße sie 66, bzw., wenn man die Drillingsbohrer entsprechend vermehrt rechne, 130 Torpedobohrer. Das Artilleriemarinenebepot habe im Jahre 1914 548 000 Mark gekostet und kostete im Jahre 1929, nach den Abzügen, 950 000 Mark. Die Erhaltung der Artilleriegeräte und -einrichtungen, sowie der Handwaffen nebst Zubehör, habe im Jahre 1914 2,9 Millionen Mark erfordert; sie erfordere im Jahre 1929 2,7 Millionen Mark, bzw. nach den Abzügen 2,6 Millionen Mark. Für Schiffe und andere Verluste seien 1914 400 000 Mark ausgegeben worden; heute würden nach den Abzügen 600 000 Mark ausgegeben. Redner bittet um Auskunft, ob auf diesen Gebieten nicht noch weitere Ersparnisse eintreten könnten.

An anderer Stelle wurde ausgeführt, daß allein die Taktung der Welle auf dem neuen Kreuzer „Königsberg“ die Kleinigkeit von 30 000 Mark gekostet habe.

„Wie würden Sie sich für den Fall des Wiederausbruchs eines Krieges resp. Weltkrieges verhalten?“

Die Prager Zeitchrift „Die Wahrheit“ hatte verschiedenen Offizieren und Schriftstellern diese Frage vorgelegt, und darauf eine Reihe von Antworten erhalten.

Folgende Stellen sind von der Prager Jenzur unterdrückt worden:

Einfach, konfliktloser Abschnitt:

„Ich würde direkt oder mittelbaren Kriegsdienst unbedingt vorzuziehen und versuchen, meine Freunde zu derselben Haltung zu veranlassen, und zwar unabhängig von der Beurteilung der Kriegsverhältnisse.“

Schoenich, konfliktloser Abschnitt:

„Geschicht es trotzdem, so sind zwei Fälle zu unterscheiden:

- 1. Ich glaube der Darstellung meiner Regierung, und halte mein Volk für angegriffen.
- 2. Ich glaube ihr nicht, und halte sie selbst für den Vertragsbrecher.

Zu 1. wäre ich für die Selbstverteidigung. Ich glaube aber, daß der passive Widerstand heute ein besseres Verteidigungsmittel ist, als die blutigen und giftigen Waffen. Ich würde von meiner Regierung die Zurückziehung der Truppen von der bedrohten Grenze fordern, damit auch die Außenwelt erkenne, daß der andere der Verbrecher ist. Die Arbeiterklasse würde ich zum Generalstreik aufrufen, mit Ausnahme der für die eigene Bevölkerung lebenswichtigen Betriebe.

Zu 2. Wenn ich meine Regierung für eine Verbrecherbande halte, muß ich sie auch als solche behandeln. Wie das zu geschehen hat, kann man im voraus nicht sagen. Jedenfalls würde ich mein Volk auffordern, dem Verbrecher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Einhalt zu tun. Das Wichtigste dieser Mittel wäre immer der Generalstreik, auch der der lebenswichtigen Betriebe. Eine Regierung, die das Verbrechen des Angriffskrieges unter Druck eingegangener Verträge begeht oder begehen will, braucht darum noch nicht das Verbrechen begehen zu wollen, das eigene Volk vergewaltigen zu lassen. Vor allem aber glaube ich, daß der unbedingte Wille der organisierten Arbeiterkraft, im Falle des Kriegsausbruchs nicht mehr jeden Schwindel mitzumachen, vollkommen genügt, die Regierung zur Einhaltung des Kellogg-Paktes zu zwingen. Ob darüber hinaus einer vertragsbrüchigen Regierung gegenüber auch aktive Sabotageakte zur Kriegsverhinderung angebracht sind, muß dem einzelnen Staatsbürger überlassen bleiben.“

Gilber, konfliktloser Abschnitt:

b) Gehört die Regierung meines Landes selbst zu den Kriegsmachern, so werde ich mich an der gegen sie gerichteten revolutionären Bewegung an dem Wap, der meiner Kraft und meinem Können entspricht, mit Leidenschaft beteiligen. Daß ich einem Stellungsbegehren Folge leisten würde, kommt nicht in Frage. Für meine Sonderaufgabe werde ich es halten, für die Einigung und Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte zu wirken: damit die Spezialisten des Generalstreiks, die Spezialisten der Massenstreikbewegung, die Spezialisten der Verweigerung und die Spezialisten der praktischen Sabotage nicht gegeneinander, sondern unter Kombination ihrer Methoden miteinander arbeiten.“

Verdau, konfliktloser Abschnitt:

„Wenn trotz der Anstrengungen einer Klarsehenden, hartnäckigen Minorität ein neuer internationaler Konflikt ausbräche, wäre es unsere Aufgabe, den Soldaten verständlich zu machen, daß ihre Klassenpflicht, das heißt ihr Pflicht als Mensch, vor ihre Klassenpflicht und fiktive sogenannte Pflicht als nationale Soldaten gehe.“

Theodor Lessing, konfliktloser Abschnitt:

„Solange Geschütze gebaut werden, Kriegsschiffe bestehen, Giftgas erprobt werden, solange nicht jede Mutter der Erde über dem Vaterland heilig schwört, ihrem Sohne lieber die Hand abzuhacken zu lassen, als sie zu dulden, daß diese Hand Kriegsdienst tut, solange nicht der Militärstand so verachtet ist wie etwa im alten China, solange der General, auch der größte und fähigste, aus dem eigenen Volke nicht gilt als der Verbrechertypus schlechthin, solange nicht die Schulen, die Erzieher, die Lehrer und Lehrbücher völlig umlernen, solange glaube ich nicht an „Humanität“, mag geschrieen und geredet werden was immer.“

Wie ich beim nächsten Male mich verhalten werde? Nicht ein Titelchen anders als im August 1914. Ganz genau ebenso, wie vom ersten Augenblicke des Weltkrieges an. Also: Frontieren. In dem mir zugänglichsten Lebenskreis herzu aufwachen. Das Verbrechen des Menschen am Menschen ein Verbrechen nennen. Und den Wahnsinn der Geschichts-Wahnsinn heilen. Und hundertmal lieber mich selbst schlagen oder in ein Irrenhaus sperren lassen, als jemals mich zwingen lassen, gegen einen Menschen die Wordankse

zu brauchen. So werde ich immer weiter handeln. Nicht aus einem Verdruss, sondern einfach aus innerem Muth meiner Natur.“

Rehmann-Hübner, konfliktloser Abschnitt:

„Jura“ ist dadurch, daß man diesem Gegner Karmach, aber so, daß er es auch glaubt, er könne nicht mehr mit meiner, meiner ufm. Beteiligung am Kriege rechnen, wobei mit der Waffe, noch mit dem Wort, noch mit der Arbeit; man würde im Gegenteil alles tun, was einem als wirksam und möglich erscheint, um den Kriegswillen zu lähmen und aufzuheben. Also Kriegsdienstverweigerung im weitesten Sinne des Wortes. Ungeheißer Gemüter sollen beruhigt sein, daß das ja heute nicht mehr „ungeheißer“ in den Händen sein kann, die den Kellogg-Pakt ratifizieren und damit den Krieg selbst als „ungeheißer“ erklären haben. Wer im Mittelalter noch Verführung des Vandalismus eine angelegte Fehde annahm, der handelt heute ungeheißer.

Diese Kriegsdienstverweigerung wird nur eine Bedeutung haben, wenn sie positiv ist, das heißt eine Gegenorganisation aufbaut, so stark wie die eine vorbereitete Mobilisierung. Sie muß dem drohenden Kriege die Keimkraft nehmen, ehe er aus dem Ei gekrochen ist.“

Die Prager Jenzur, so schreibt hierzu die passivistische „Menschheit“ (Wiesbaden), geniert offenbar alle Fortschritte, die auf eine internationale Lösung des Krieges als Mittel der Politik hinauslaufen. Sie scheint nicht gelten lassen zu wollen, daß die von ihr unterdrückten Stellen eine Sabotage des Krieges vorsehen, der entgegen den internationalen Abmachungen von irgendeiner Regierung vom Baue gebrochen wird. Das sollte eigentlich in einem Lande, das einen Kaiser zum Präsidenten und einen Reich zum Außenminister hat, nicht passieren. . .

Die Verkitsch und des Kriminaldienstes

In nächster Zeit wird in Deutschland ein Kriminalfilm gezeigt werden, der als authentisch bezeichnet werden dürfte. Wie die Kriminalbeamten über den Film denken, darüber gibt folgende Aufzählung eine nicht uninteressante Darstellung. Die Reaktion:

Auf der kürzlich abgehaltenen internationalen Tagung der weiblichen Polizei wurde ein Film über die Tätigkeit der weiblichen Kriminalpolizei Groß-Berlins abgefilmt. Einleitend besagt der Film, daß es sich um Originalaufnahmen handelt. Demgegenüber muß jedoch entgegengehalten werden, daß zwei Drittel der aufgenommenen Bildstrecken nur Pantomime sind. Hierbei soll sich, wie wir hören, Herr Kommissar Gellert-Berlin, dessen Beförderung wegen dieser Tätigkeit nicht weit entfernt liegen soll, mit seinem ganzen Einfluß eingesetzt haben. So läßt er einen im Bild auftretenden Kriminalbeamten zu einer Festgenommenen „Du, Minna, mache keinen Quatsch, laß doch die Wasserpantomime!“ sprechen. Soll dies etwa

die neue Amtssprache der Berliner Kriminalpolizei

sein, die Herr Gellert selbst als Lehrer im Polizeiausschulten verbreiten soll? Von der praktischen Seite aus betrachtet, wird jeder Kriminalist sagen, daß mit derartig wohlgeleiteten Maßnahmen weder dem Publikum, noch der Polizei gedient wird. Welche dem Kriminalisten, der auf Grund der Anrede einer festgenommenen Person mit „Du“ eine Beschwerde zu gewärtigen hat. Weibliche Untersuchungen hätte er über sich ergehen zu lassen, die in jeder Art Nachteile für ihn bringen würden. Weshalb also solche Späße, die gar keinen positiven Hintergrund haben?

Auf die Zuschauer wirkt die Tätigkeit des in den Bildstrecken auftretenden Kriminalbeamten als die eines Gesangsängstlichen. Diese Darstellung, die der Praxis widerspricht, bewirkt abermals, welche Vorstellung über weibliche Dienstverrichtung der unteren Kaufmann höheren Ortes eingonimen wird. Hinzu kommt noch, daß man den darstellenden Kriminalbeamten

zur besseren Klarifizierung

stark ausmantielt und ihm außerdem befohlen hat, die Enden seines Schnurrbartes nach unten zu zittern.

Der Kriminalbeamtenschaft hat sich ob dieses Films große Enttäuschung bemächtigt, weil sie der Auffassung ist, daß sie in der Darstellung durch ihre eigenen Vorgegeben verhöflicht wird und der Film noch dazu geeignet ist, die Beamtenchaft der unteren Kaufmann in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen. Gerade die unteren Kaufmann der Kriminalpolizei fühlen sich seit Jahren recht heimlich behandelt. Wenn die Beamtenchaft jetzt durch Darstellungen, die den weiblichen Tatkraften nicht entsprechen,

weiter unterbewertet

wird, muß sie sich völlig entsetzt betrachten.

Einmantielt steht fest, daß die weibliche Tätigkeit der unteren Kaufmann eine viel verantwortlichere und ernstere ist, als sie in dem Film dargestellt wird.

Aber auch weitere Darstellungen im Film, wie die Worführung des Waptringers einer Kriminalbeamten ins Wasser nach einer entlaufenen Person, setzen zu der Bezeichnung im Film „Originalaufnahmen“ im Widerspruch, so daß die Öffentlichkeit

eine Täuschung der tatsächlichen Verhältnisse

hinnehmen muß. Was? Geistesblind ist denn jetzt der Chef der Berliner Kriminalpolizei? Wer ist der Herr, von welchen Grundrissen geht er aus?

Was auch die Öffentlichkeit stark interessieren dürfte, ist die Frage, wie die Entschaffung dieses Films zu bewerkstelligen ist. Das Polizeipräsidium Berlin soll hierzu 6000 Mark beigesteuert haben. Aus welchem Fonds stammen denn diese Mittel? Die Mittel für einen solchen Film, der die Öffentlichkeit doch nur täuscht, dürfen an anderer Stelle im Staatsinteresse eine viel wichtigere Verwendung finden können.

Die heute mangelnde Abgeltung der Kriminalbeamten

Die heute mangelnde Abgeltung der Kriminalbeamten der unteren Besoldungsgruppen soll angeblich durch die Notlage des Staates bedingt sein. Die unteren Kaufmann haben somit die Unzulänglichkeit der heutigen Besoldung hinnehmen müssen, obwohl höheren Ortes anerkannt ist, daß eine bessere Besoldung der Kriminalbeamten demotiviert werden dürfte.

Wie konnte es kommen, daß

seit dem kurzen Versehen der weiblichen Kriminalpolizei

eine öffentliche Unterbewertung der männlichen Beamten

durch die eigene Behörde Platz greifen konnte, und daß für die weibliche Polizei große Propaganda mittel bereitgestellt werden

sind? Ist das mit der sozialen Einstellung der heutigen Zeit vereinbar?

Die Regel, Gleichberechtigung der Frau, wirkt sich bei der Kriminalpolizei in das Gegenteil aus, weil die weibliche Polizei in der Bewertung und auch Besoldung die männlichen Beamten um ein Bedeutendes übertrifft, weshalb die Erregung der männlichen Beamten durchaus zu verstehen ist.

Jedenfalls wird man durch moderne Gesellschaftsregeln nicht viel Arbeitsfreudigkeit bei den Beamten der unteren Kaufmann werden, was bestimmt nicht im Interesse des Staates liegen dürfte. Für die sich daraus ergebenden blutigen Folgen dürfte die dafür zuständigen Prominenten die Verantwortung zu tragen haben.

Täglich

bis 4 Uhr

Charlott

Tauentzienplatz 8 - Telefon Nr. 57283
(Pöhl-Haus)

Die erstklassige
Tanzsport-
und **Stimmungsmusik**

In die Ferien mit Electrola

Große Lautstärke - Faszinierende Klangfarbe

Volkslieder
Militärmusik
Tanzmusik

Bequeme Ratenzahlung für
Musikinstrumente

Dreistundenkostenlos



Felix Kayser
MUSIKHAUS RING RATHAUS 28

Schallplatten aller Marken:

„Electrola“ „Grammophon“ „Odeon“
„Columbia“ „Brunswick“ „Parlophon“

Wochent.
5, 7, 9 Uhr
Telephon
30110



Sonntags
3, 5, 7, 9
Telephon
30110

Das Spitzentheater des Ostens
Gartenstraße 67

Freitag Premiere

**Boxkampf
Schmeling-
Paolino**

Henny - Porten - Großlustspiel
Liebfraumilch

Hauptbahnhofs-Wirtschaft

BRESLAU

Inhaber: Gubert & Wehe

empfehlen ihre Lokalitäten :: Anerkannt erstklassige
Speisen und Getränke :: Ausschank von Wicküler,
Würzburger, Biere hiesiger Brauereien, Schoppen-
weine, Weine lt. besonderer Karte

Bestausgestatteter Festsaal für Hochzeiten, Kongresse,
Vereinsfestlichkeiten

Bestellungen für die kommende Wintersaison werden
jetzt schon entgegengenommen

Eisenbahn-Sterbekasse Breslau

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Bilanz per 31. Dezember 1928

a) Aktiva	
1. Grundbesitz	1.507.000,—
2. Hypotheken- und Grundschuldforderungen	4.208.784,58
3. Wertpapiere	159.427,42
4. Kurzfristige verbriefte Forderungen im Sinne des § 59	
Ziffer 5 VAG.	7.900,—
5. Bankguthaben	103.075,24
6. Rückständige Beiträge	24.682,93
7. Rückständige Zinsen und Mieten	67.733,74
8. Kasse- und Postcheckbestand	20.626,51
9. Inventar und Drucksachen	1,—
10. Sonstige Aktiva	27.980,94
	RM. 6.127.212,36

b) Passiva	
1. Reservefonds (§ 262 HGB., § 37 VAG.)	243.753,—
2. Prämienreserven	5.100.427,15
3. Nach Jahreschluß gezahlte Versicherungsfälle	21.160,—
4. Nach Jahreschluß gezahlte Verwaltungskosten	5.899,01
5. Rücklagen	
a) Pensionsfonds	27.980,94
b) Geschäftshausfonds	50.000,—
6. Passivhypotheken	211.628,22
7. Grundstücks-Reskaufgeld und Hypothekenrest	13.008,—
8. Gewinn im Geschäftsjahr 1928	453.363,24
	RM. 6.127.212,36

Gewinn- u. Verlustrechnung per 31. Dezember 1928

a) Einnahmen	
1. Prämienreserven, Vortrag aus 1927	4.168.683,—
2. Beiträge	1.777.791,84
3. Zinsen	248.008,42
4. Mieten	59.660,30
5. Kurzer Gewinn an Wertpapieren	95.599,82
6. Sonstige Einnahmen	5.980,18
	RM. 6.355.523,56
b) Ausgaben	
1. Gezahlte Sterbegelder	630.382,15
2. Zahlungen für vorzeitig aufgelöste Versicherungen	3.862,06
3. Abschlußkosten	50.101,50
4. Verwaltungskosten	33.334,06
5. Steuern und öffentliche Abgaben	55.634,60
6. Abschreibungen	18.663,97
7. Verlust durch Umstellung	364,33
8. Prämienreserven per 31. 12. 1928	5.100.427,15
9. Sonstige Ausgaben	9.389,70
10. Gewinn im Geschäftsjahre 1928	453.363,24
	RM. 6.355.523,56

Breslau, den 21. Juni 1929

Der Vorstand der Eisenbahn-Sterbekasse Breslau
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

LIEBICH

Theater
Tel. 846-41
Täglich 8 Uhr
Das Cagesgespräch
Breslaus!

Es ist was los!

Die große
Ausstattungsrevue
in 35 lustigen, ent-
scheidenden u. prunk-
vollen Bildern

Wenn ich nicht
zu
Hause war,
war ich stets im
ALKAZAR

8-2 Uhr
pantom. Weltstadt-
Gedächtnis
Varié, Tanz
30 Fischelotone
Etr. 1.10 M. (inkl. Steuer)
Im Garten A-11 Uhr
Garten-Variété
Alten-Paradies
Strandfest in Japan
Freiwill. Eis-
Tanzparkett,
Leuchtkugelhaus

Wappenhof

Breslau - Morgenau

Täglich
außer Sonnabend

**Große Nachmittags-
Variété-Vorstellung**

Programmwechsel jeden 1. und 16.
des Monats

Eintrittspreis:
Wochentags 30 Pf., Sonntags 50 Pf.
Jeden Dienstag, Mittwoch
und Donnerstag

**Gr. Abend-Vorstellung
mit Ball**

Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
Der beliebte Wappenhofball
mit Variété-Einlagen

Die
Premiären
im
Gloria-Palast
sind ein
gesellschaftliches
Ereignis.

**Auf dem Wege zum
Bahnhof**

(schnell noch in den

„Reichsadler“

um auf der Reise und in der Sommerfrische
mit einem vorzüglichen Reise-Zimbiß und
den guten Adler-Likören versorgt
zu sein!!

Ehe Sie die Fahrkarte lö-
sen, nehmen Sie aus einer

Fache-Gaststätte

etliche Flaschen

Fache-Liköre

und Cognac

damit Sie auf der Fahrt und
im Bad gut versorgt sind!

Lernt Auto fahren

Autofahrschule K. Stephan
Kaiser - Wilhelm - Straße 1, Bahnbogen
Geschlossene Wagen, Telefon 343 10

Sinalco

Crystall

alkoholfrei

Speck & Saring

Tel. 557 10
u. 557 20

Tel. 557 10
u. 557 20

Bevorzugen Sie
für die kommende Reisezeit zur Beförderung von
Reisegepäck jeglicher Art
die bestrenommierte Spezialfirma

Oskar Utermann

in Fa.: Friedrich Bergels Nachfolger

Breslau 1, Ohlauer Str. 58, Tel. 59553

Die Firma ist jederzeit zu allen fachmännischen Aus-
künften kostenlos und unverbindlich bereit

Sensationelle praktische Neuheit!

Locken-
Kamm mit Doppelwellenzählung

ges. gesch.



Onduliert ohne Behelfe kurze und lange Haare nur
durch einfaches Kämmen. Solid und unverwundlich.
Unentbehrlich für jede Dame. Sie ersparen die Aus-
gaben für das Ondulieren beim Friseur und haben immer
schön gelocktes Haar. **Preis pro Stück nur Rmk. 2.50.**
Versand gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken
oder gegen Nachnahme. Bestellen Sie sofort bei Firma
E. Choffner, Wien VIII, Lerchenfeldersstr. 34
Hunderte von Dankschreiben liegen auf.

Vor- und nach allen sportlichen Veranstaltungen
trifft man sich in dem äußerst behaglichen

Gesellschaftshaus genannt Radler-Zentrale

Ernst Kreisel Breslau - Lillenthal

Telefon 56231

Gleichzeitig empfiehlt Herr Kreisel allen in Frage
kommenden Verbraucherkreisen seine

Naturelwerke in Lillenthal

Naturel ist dieses Jahr besonders gut, sehr
haltbar und kältestärkend

Alle
Druckarbeiten fertigen
win in vollendetem
Buch- und Steindruck
Schenkalsky AG
Breslauer Großbetrieb
Breslau 5 * Gartenstr. 19

Hausfrauen Breslau

kauft die fettreiche Milch

der **Breslauer Wollerei** e. V. m. B. & Co.
Sie ist maschinell gereinigt, in
schonender Dauerpasteurisa-
tion von mit **Reinheitsgarantie**
besetzt und **stetig gekühlt**.
Die ebenfalls maßkräftig behandelte
Gießerinnmilch der **Breslauer Wollerei**
ist gewonnen von Röhren, die bei der pasteurisierten
Zubereitung **sterilisiert** und
abgefüllt werden.

„Auf Wunsch“ **Wollerei** **frei Haus**.
Reiner **Wollereier** mit
Wollereier täglich frisch
aus **Breslau** - er-
hält durch eine ganz
einzigartige, durch
unseren **Wollerei** durch
ausgezeichnete
Kaufleute und **Wollereier** in allen
Teilen **Breslau**.
Breslauer Wollerei e. V. m. B. & Co.
Berlin - Str. 5/6, 2. Stg. 1879. Tel. 20010

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

Brouillon Vin:

Auf dem Kontinentalerfest in Duisburg verlegte der Königl. Generalmusikdirektor Hermann Scherchen dem Musiktitler der „Reinisch-Weißhaller Zeitung“, Friedrich Wilhelm Herzog, einen Haischlag ins Gesicht und beschimpfte außerdem den Angegriffenen. Nach der „Reinisch-Weißhaller Zeitung“ soll es sich um einen Kadett Scherchen handeln, der sich kürzlich durch eine Kritik begünstigt gefühlt und Klage gegen ihn angestrengt hatte. Diese Klage wurde vom Amtsgericht Berlin-Mitte als unbegründet ablehnend abgewiesen. Der Verband Deutscher Musiktitler e. V. hat sich des Falles bereits angenommen.

Ein ganz verwegener Mann kam auf die Idee, in dem kleinen goldigen Ruckchen, in der holländischen Provinz Nordbrabant, ein Kaffeehaus zu eröffnen. Der Gemeinderat bewilligte zwar das Geschäft, aber nur unter der Bedingung, daß die Besucher nach Geschlechtern getrennt sitzen müßten. Die Einwohner von Ruckchen haben nun allerlei Lager: die Verheirateten, die sich mit der Sache abfinden wollen, und die Unverheirateten, die darüber empört sind. Der Rechtsauspruch hat aber die Verfügung des Gemeinderates ausdrücklich bestätigt. — Nun macht der Knecht doch keinen Spaß mehr!

Bei einem 24-Stunden-Automobil-Rennen in Gießen ereignete sich eine schwere Unfälle. Kurz hintereinander stürzten zwei Rennwagen, nachdem die Fahrer die Führung über die Steigung verloren hatten, um. Die beiden Fahrer, außerdem ein Bedienter vom Ordnungsdienst, wurden getötet, drei andere Zuschauer schwer verletzt.

Der Zentrumsgeschäftsbereich hat in Köln ein wichtiges Geschäft gemacht. Als er in einer Versammlung von Karamitern, denen die Halle noch nicht hoch genug war, angegriffen wurde, erklärte er zur „Verteidigung“ die Befragung der wertvollen Massen durch die neuen Befragungen beträgt über 100 Millionen Mark. Man wird sich dieses Geschäftes merken müssen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages weist in einer kleinen Anfrage darauf hin, daß in Welschbörden anlässlich der Weize von vier Ruderbooten das Amt für Leibesübungen der Unterstadt, bei der die Leiter des staatlichen Vergangens für Turnen und Sport und des Amtes für Leibesübungen an der Unterstadt Anträge gestellt hätten, an langen Schürzen Wimpel und Fahnen der verschiedenen akademischen Rudervereine aufgezogen werden sollen, damit diese auch schwarzweiße Fahnen und ein 60 bis 70 Zentimeter langer schwarzweißer Wimpel. Dagegen ist nicht eine einzige Weizsfahne zu sehen gewesen. Das Staatsministerium wird gefragt, wie es der Weizsfahne bei offiziellen Veranstaltungen die notwendige Achtung verschaffen wolle.

Sogar der deutschnationalen Justizminister Bayerns, Günter, hat auf die Ansicht gekommen, daß die Todesstrafe nicht mehr haltbar ist. Er erklärte wenigstens in einem Vortrag im Akademischen Klub, im neuen Strafrechtsbuch werde die Todesstrafe wahrscheinlich verschwinden; wobei für den Bestand noch für die Sicherheit des Staates und der menschlichen Gesellschaft erscheine sie heute noch als notwendig.

Das „Café Vier Jahreszeiten“ wird in völlig neuem Gewande, vollständig aufgemacht, am 15. August wieder eröffnet.

Der erste erweiterte Zusammenstoß zwischen Faschismus und Bapst ist bereits erfolgt. Der Papst von Venedig hat seine Annahme des dortigen katholischen Klatsch nach Aufforderung zum Anmarsch gegen die italienischen Gesetze, was das Volk des Papstes mit Protest beantwortet, woraus sich eine Kontroverse entspinnt, die sehr nett werden kann.

Kapitänleutnant Helmuth von Mäde, der den Sozialdemokraten und Kommunisten in Sachsen das bekannte Gänsebraten gemacht hat, ist, wie der „Völkische Beobachter“ in München meldet, aus der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei ausgetreten.

In einem Koffer des afghanischen Gesandten in Paris, der als Botschafter nach Moskau verlegt wurde, sollten 500 Goldstücke im Werte von 800.000 Franken geschmuggelt werden. Durch einen Zufall kam man dahinter, nun soll der Botschafter wegen Mißbrauch seiner exterritorialen Rechte belangt werden.

Der Rektor der Berliner Universität, Professor Sie, behält die Mäßigkeit, den Vertretern der freiwirtschaftlichen Studentenchaft in der Veranstaltung einer Versammlung im Vorhof der Universität, die Genehmigung zu verweigern. Als am 28. Juni in demselben Vorhof Mitglieder der völkischen allgemeinen Studentenchaft ohne Genehmigung demonstrierten, verbot der Herr Rektor dies nicht, obwohl er dazu in der Lage gewesen wäre.

Der internationale Ringerverband hat schon wieder einmal seine Ringkampfordnung umgestoßen; er will fortan weber „weiche Männer“ noch „Kruppende“ in den „Konkurrenzen“ aufbauen, so soll jetzt fast gerungen werden. Dies wird schon seit zehn Jahren mindestens zweimal jährlich versprochen.

Oberst Gerisch kämpft in seiner Schrift „Jertum der deutschen Kämpfer“ für das Schicksal der deutschen Kämpfer im künftigen Kriege und teilt mit, daß die heutigen Kriegsgesetze bereits mit sogenannten Motorschlingengewehren ausgerüstet sind, die 500 Schuß in der Minute abgeben. Ein Maschinenpistolier erledigt 200 Infanteristen.

Gegen den Bringen zur Lippe, der von der Berufsunion in Glogau zu 500 Mark statt 300 Mark wegen Verschlimmung der Republik bestraft wurde, hat der Oberlandesgerichtspräsident Wille wegen antirepublikanischer Verleumdung Glogauer Richter neuen Strafantrag gestellt. Öffentlich bringt man Ex. Großmütigkeit endlich einmal wieder in die Welt: Dinter schwebende Gardinen, damit der Ring Zeit findet, endlich zur Vernunft zu kommen.

An der Wahl zur völkischen orientierten, „Allgemeinen Studentenchaft“ in Berlin beteiligten sich von 12.500 Studenten 7000. Das bedeutet also, daß fast zweidrittel des sogenannten „Hörsaalnachwuchses der Republik“ völkisch eingestellt sind. Wenn die Republik nicht aufhört, so muß sie diese Einstellung als Wende tadel auffassen!

Durch die Presse geht die Meldung, daß in einem medienburellischen Dorf eine Waise niederfam. Zwei Rechte verlegten sich um das Recht der Vaterschaft und der Ehe. Die Welt heißt Rupp! Schließlich verlegte der eine Recht gegen eine Verurteilung von 50 Mark.

Die Freundschaft zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten beruhen letztere auf einer eifrigen Werbung innerhalb des Stahlhelms. Auf diese Weise ist es gelungen, den Reichsführer Friedrich, im Völkischen Stahlhelm, und eine größere Anzahl Kameraden zum Austritt aus dem Stahlhelm, und zum Übertritt in die nationalsozialistische „Freiheitsbewegung“ zu veranlassen.

Der neue Berliner Rundfunkintendant Dr. Fleisch hat sich die Aufgabe gestellt, die verhängnisvolle Tätigkeit Alfred Brauns einzuschränken, und es ist wahrscheinlich, daß der Vertrag mit Arnold Bronnen, der seine Seele für den deutschen Faschismus entsetzt hat, nicht verlängert wird.

Die Tatsache, daß Breslau für seinen Sender die niedrigste Welt bekommen hat, geht zweifellos auf politische Intrigen zurück, wahrscheinlich, weil die schließlichen Sender durchaus gegen die völkischen Sender zu wirken versuchten. Jedenfalls haben

Barbarische Begnadigung eines Zuchthäuslers

Durch verschiedene Zeitungen lief dieser Tage die Geschichte eines Gnadenalles des Breslauer Gnadenrichters an einem wegen Raubmordbeteiligung verurteilten Mann, einem Schneider P., der bereits 10 Jahre lang im Zuchthaus gesessen hatte. Der Mann hatte sich in diesen neunzehn Jahren gut geführt. Offenbar ist seine Verurteilung lediglich auf Indizien hin erfolgt. Die Beteiligung an der ihm vorgeworfenen Tat dürfte also höchst zweifelhaft sein, und in verschiedenen Eingaben, in denen er um Gnade flehte, beteuerte er auch immer wieder seine Unschuld. Daß der Mann auf Grund von Indizien verurteilt zu sein scheint, dafür spricht ferner der Umstand, daß die über ihn ausgesprochene Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt wurde. P. hat neunzehn Jahre im Zuchthaus verbracht, und sollte er wirklich unschuldig verurteilt worden sein, so ist gar nicht auszubedenken, wie ungerecht und fälschlich die Verurteilung P. durchzumachen gehabt hat. Aber selbst, wenn er schuldig sein sollte, bedeutet die neunzehnjährige entsetzende Abkürzung von der Welt ein fürchterliches Lebermaß von Vergeltung, gegen die die Vollstreckung der Todesstrafe ein Rindviehl ist. Ohne sentimental werden und ohne darüber diskutieren zu wollen, daß jedes Verbrechen seine Sühne finden muß, muß doch festgestellt werden, daß jetzt auch der humane Straßenausgang der Lebenslänglichkeit einer Zuchthausstrafe gewöhnlich auf fünfzehn Jahre beschränkt wissen will, wenn die psychiatrische Beobachtung nicht zur Erkenntnis führt, daß der Fällige auch weiterhin gemeingefährlich bleibt. Verurteilt man nun das, was von P. gesagt wird, er habe sich gut geführt, und ferner die Tatsache, daß man ihn daraufhin verurteilt hat, so ist die Annahme berechtigt, daß P. ein gemeingefährliches Subjekt ist. Deshalb ist die Frage berechtigt, weshalb man ihn nicht sofort reines begnadigt hat.

Die Verurteilung auf zunächst drei Jahre steht nämlich im wahren Sinne des Wortes im Tonnengleiches dar, das sehr an den Fall Dau erinnert. Bekanntlich wurde der Rechtsanwalt Dau, der vor zwanzig Jahren wegen Ermordung seiner Schwiegermutter in Baden-Baden zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Immerwährend seine Unschuld betuernd, verbüßte er 17½ Jahre, dann wurde er mit bebängter Begnadigung entlassen. Damit schwebte aber immer das Damoklesschwert der Wiederhaftung über ihm, so daß er gar nicht recht in die Lage kam, seine Rehabilitierung zu betreiben, denn damit war eine fälschliche Blockstellung der Justiz verknüpft. Die ihn begnadigt hatten, wußten das, und sprachen deshalb, um ihn in der Hand zu haben, die Begnadigung nur bedingt aus. In dieser Uebermacht staatlicher Autorität gerach Dau, in Italien nahm er sich, wie noch in allgemeiner Erinnerung sein dürfte, das Leben.

Als der Gnadenrichter dem Schneider P. die bedingte Begnadigung besorgte, glaubte er zweifellos, dem neuen Geiste damit entgegenkommen zu sein. Tatsächlich ist dieser Begnadigungsakt auch äußerlich gesehen, ein gewaltiger Fortschritt gegen früher, als man auf Lebenslänglichkeit verurteilte auch wirklich hinter Zuchthausmauern herben ließ, womit die Anatomien niemals über Rangel an Studienobjekten zu klagen brauchten. Aber wir modernen Menschen stehen auf dem Standpunkte, daß in der Gegenwart nicht das halbes mehr gegeben soll, und wenn es noch so sehr nach Fortschritt aussieht. Deshalb ist mit der bedingten Begnadigung des Schneiders P., mag sich dieser Mann zunächst noch so sehr der wiedergewonnenen Freiheit erfreuen, eigentlich ein Alt schwerer Barbarismus ausgerufen worden. Man denke: Ueber die Zuchthausmauern, aus denen denken, ohne Rücksicht auf die Ethern der freien Welt, das Leben einbüßend, streng geregelt nach einer immerwährenden Hausordnung, vor sich liegt, ist die bedeutendste gesellschaftliche und wirtschaftliche Werte aller Zeiten hinweggekauft. Wäghalt steht ein Mensch, der sich gar nicht vorstellen kann, wie diese Werte gebunden ist, weil sie ihn tatsächlich kaum berührt hat, in einer Freiheit, die ihn völlig verändertes Gefühl zeigt, das er erst mühsam kennen lernen muß. Würde er ein reicher Mann sein, so hätte er gelassen Zeit, diese Bekanntheit zu machen; aber als Proletarier, als einer der nichts besitzt, muß er zu lernen anfangen. Welche eine übernatürliche Kraft muß ein Mann haben, um ohne Führer die Lehrgänge bestehen zu können! Die Männer, die den Schneider P. begnadigten, haben zweifellos dies alles nicht bedacht; denn sonst hätten sie ihn nicht noch an eine, wenn auch unsichtbare, Kette gelegt, die ihn unbedingt hindern muß, den Kampf um das Dasein mit Erfolg als anfänglicher Mensch zu bestehen. Wir erleben daraus, daß zeitgemäße Experimente nicht mit kleinen Einfällen gemacht werden dürfen, wo Großzügigkeit am Platze sein muß. Der Schneider P. ist auf drei Jahre verurteilt worden. Das bedeutet, daß er noch immer der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig ist. Was soll er aber in diesem Leben ohne bürgerliche Ehrenrechte beginnen, zumal, da noch hinzu kommt, daß er sich unter ständiger Polizeiaufsicht befindet, wobei nur eine lästige bürokratische Handlung

genügt, um allgemein dubit zu machen, welche Vergangenheit auf dem Schneider P. lastet! Die Folge ist, daß P. von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle geholt wird; denn die Mehrheit der Menschen muß zu großzügigen Taten erst noch erogen werden, erst recht die Proletarier, die untereinander verflucht kleinbürgerlich auf Reputation achten.

Solche Fälle bürokratischer Tollkühnheit ereignen sich immer wieder, und auch „Die freie Meinung“ hat viele Fälle bereits angeprangert. Wenn nun P. in seiner dreißigjährigen Urteilszeit sich auch nur das Geringste an Schulden lassen kommen sollte, und sei es nur eine Vollzeitsstrafe, oder sonst ein kleines gerichtliches ahnendes Vergehen, das durchaus nicht entehrend auf sein Braucht, dann ist der Kladderadatsch da: P. hat sich eben dann nicht gut geführt — man weiß, was Bedenken oft unter „guter Führung“ verstehen — er muß wieder zurück hinter Zuchthausmauern. Wäre das menschlich? Das kann wohl niemand behaupten; im Gegenteil, man würde eine solche Härte als fälschliche Grausamkeit mit Recht empfinden. Es muß tatsächlich ein Wunder geschehen, wenn P. die Bewährungsfrist von drei Jahren unangefochten übersteht.

Aber es handelt sich ja gar nicht bei diesen Betrachtungen um das Einzelbeispiel, sondern um zahlreiche Fälle, um mehr, als man allgemein ahnt. Der Begnadigungsakt P. soll ja als Versuch gelten, und es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß, wenn er mißglückt, von weiteren Verurteilungen Abstand genommen wird, und der blödsinnige Straßenausgang unabwendbar bleibt, obwohl er unter allen Umständen bringen reformbedürftig ist. Das Gesetzwort: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Welt“, wird hier lebendig.

Man erkennt also, daß solcher Begnadigungsakt allein nicht genügt. Da hat man jetzt in Sachsen ein Preisaus schreiben erlassen. Die sächsische „Landeswohlfahtsrichtung“ will demjenigen tausend Mark zahlen, der einen „guten Bericht über das Berufsständelentlassene Straßengefangener“ liefern kann. Aus der Arbeit der Straßengefangenen, des Arbeitsamtes, des Straßenausgangs soll untersucht werden, welchem Beruf sich die zur Entlassung kommenden Straßengefangenen ausgeben haben, und wie ihre Eingliederung in das Erwerbsleben möglich wurde. Dieses Preisaus schreiben ist zweifellos ebenso wohlmeinend gedacht, wie der Begnadigungsakt an dem Schneider P. Aber es ist nicht daran zu denken, daß das Preisaus schreiben ein günstiges Bild ergeben wird; denn die Rückfälligkeit ist viel häufiger, als man annimmt. Dazu, weil man die Ärmsten der Armen nach Verbüßung ihrer Strafe, mit schlechter Befähigung und nur ein paar Wenigen Geld versehen, auf die Straße setzt, ohne danach zu fragen, ob sie Arbeit haben oder ob sie schon in einigen Tagen verhungern müssen. Der Mensch wehrt sich begreiflicherweise gegen den Hungertod, die meisten kehren Leber, als daß sie werden. Wegen dieses Erkenntnis blüht kein Hoffnungs. Unter tausend Arbeitgebern dürfte kaum einer sein, der das Herz hat, einen Vorbestraften einzustellen. Die großen Betriebe lassen sich überhaupt mit Vorbestraften nicht ein. Die Folge, daß nun wiederum die Verbrechergelassenen beschränkt wird, ist ganz natürlich. In einzelnen Gegenden hat man für entlassene Gefangene Arbeitsanstalten eingerichtet; in Schlesien den Paulinenhof, aber das Leben hier ist ärger als in den Straßenkalt, die Ausstattung riesengroß, der Verdienst knapp 50 Pf. am Tage, und die Zukunft ungewiß. Alles aber wird verschlimmert, wenn der Haftentlassene unter dem Eindruck steht, er kann jeden Augenblick zurückgeholet werden. Er wird förmlich gelächelt, unsicher gemacht, und erst recht wird er zum Opfer der herrschenden sozialen Verhältnisse.

So schon und überausend in der Tagespresse am Schneider P. dargelegte Begnadigungsakt im ersten Augenblick aus, so häufig und grauenvoll kann die Auswirkung werden. Wenn man schon begnadigt, dann soll man es ohne Klausel tun, dann soll man einen neuen Menschen ins Leben hinausbringen, aber nicht einen Menschen, dem unsichtbar noch die Straßengefängnisse und die Anstaltskleidung am Körper hängen, so daß er auftritt und Schritt kriechen muß, auch wenn er dazu nicht den geringsten Vorstoß verfährt. Die Auswirkung des Begnadigungsaktes müht daher mittelalterlich an, nur daß an Stelle der leiblichen Folter, seelische Qualen gesetzt sind. Es muß deshalb erwartet werden, daß der „neue“ Geist der Begnadigungsrichter und des Straßenausgangs wegen seiner Einschränkungen als unbrauchbar von den ausübenden Instanzen zurückgewiesen wird; denn Gnade muß ein Geschenk sein, daß ohne Hintertüren gesendet wird. Wir sind voll und ganz dafür, daß man auch die schwersten Verbrecher wieder nach 10 Jahren freiläßt, wenn sie die Gnade bieten, nicht mehr rückfällig zu werden; aber dann besteht auch die Verpflichtung, solche Begnadigten in geeigneten wirtschaftlichen Einrichtungen unterzubringen, und endgültig, damit sie sich auch wirklich wieder aufrichten können, einen Schüler um die Vergangenheit zu legen.

Argus.

die Hörer die noch immerwährenden Sitzungen auszubaden. Erfreulicherweise tut der Breslauer Sender alles, um die Kalamität schnelligst zu beseitigen.

Die Schokoladenfabrik Hermann Schirmal, G. m. b. H., die nach dem Austritt ihres Begründers sanieren werden sollte, konnte sich, wie wir innerer Voraussicht haben, nicht halten, und ist jetzt in Konkurs gegangen. Die Passiven dürften sehr erheblich sein. Die Schuldner der Firma, die ihre Einnahmen verlieren, sind jedoch so gestellt, daß sie den Verlust tragen können.

Es fällt auf, daß an gefährlichen Straßenzugängen Breslau die Reichsleiter der hitlerischen Straßenbahn ungeschützt dem Automobilverkehr preisgegeben sind; es wäre zeitgemäß, überall elektrische Weichen einzubauen.

Die Zahl der Immatrikulierungen an den deutschen Hochschulen (ohne Kunsthochschule) ist im Sommersemester 1928 gegenüber dem vorhergehenden Semester um 10 Prozent gestiegen, und hat nunmehr eine Zahl von 112.815 erreicht.

Die heute beginnende neue Erzählung der Wälsch-„Die gefährliche Zeit“, stellt eine in sich völlig abgeschlossene Novelle dar.

Interessante Klage gegen „Die freie Meinung“!

In verschiedenen Artikeln haben wir die Behauptung aufgestellt, daß der bei der Weizsachenschaft angestellte Halleninspektor Reim, der mit dem Engagement der Arbeitskräfte für die „Wuma“ beauftragt war, zu ungünstigen der Steuerzahler, die für das vorausgesetzte Defizit der „Wuma“ auskommen müssen, in der Hauptstadt pensionierte Beamte und Frauen, deren Männer gute Einkommen haben, an Stelle von unterkühlungsberechtigten erwerbslosen Angehörigen als Arbeitskräfte angenommen hat. Als Herr Direktor Wolf von der „Wuma“ in einer Richtigeiung dies bestritt, ließen wir ihm den Beweis, daß er von dem Verantwortlichen falsch unterrichtet worden ist, worauf wir jetzt folgendes Schreiben erhielten:

„Den neuerdings in Ihrem Artikel vom 5. d. M. unter dem Stichwort „Das Weizsachentum“ von Meßbier Wolf“ aufgestellten Behauptungen stehen die Aussagen unserer Angestellten diametral gegenüber. Wir halten es indessen für zwecklos, alle Einzelheiten

Hausstellung Wohnung und Werkraum
Hauptgeschäftsführung
gen. Hoff."

Keine Anklage im Strafprozeß gegen die Kommunalbank

Dagegen nimmt es wunder, daß von einem Strafprozeß gegen die faubischastliche Bank noch immer nichts zu hören ist.

Skandalöse Behandlung der Kleinrentner

die Klage über das Rentnerwohnheim am Hagenfeldweg zum Ausdruck. Das Wohnheim, das 140 Wohnungen haben soll, war ursprünglich als reines Rentnerheim gedacht. Die Rentner aber, die sich gemeldet haben, sind über die Mietspreise erschreckt, die der Magistrat fordert. Im Rentnerbunde der Frau Buch wurde feierlich erklärt, daß Stube und Küche in diesem Wohnheim nur gegen 10 Mark sollen kosten. Jetzt aber ist das Rentnerheim fertig, da kostet die Stube und Küche eine 1/2 Mark monatlich, und ist so klein, daß die Rentner nur ein Bett, einen Tisch und Stühle mitbringen dürfen. Der Gehört ist angeblich, der Wichtigkeit auch. Trotzdem ist der Raum so klein, daß die Mieter

nur wenige Rentner als Mieter
in Frage kommen, angeblich die Hälfte, der Rest soll pensionierten Beamten vorenthalten bleiben. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich nicht viele Kleintrentner finden werden, die dauernd die hohen Mieten zahlen können.

Bemerkenswert, weil geradezu standlos, sind die Bedingungen des Magistrats, die der Mieterschaft auferlegt sind. Darüber orientiert folgendes an alle Bewerber gegangene Schreiben, das wir hier nachdrucken:

Magistrat der Hauptstadt Breslau.
Breslau, 28. Juni 1929.
Betrifft das neue Wohnheim am
Hakfeldtwee.

Sie haben sich seinerzeit in die vorläufige Liste der Bewerber um eine Wohnung im neuen Wohnheim am Dakschhofweg eintragen lassen. Zu Ihrer Aufklärung bürten wir darauf hinweisen, daß

1. 800 Bewerber sich gemeldet haben und nur insgesamt 140 Wohnungen im Wohnheim zur Verfügung stehen,
2. die Vermietung einer Wohnung im Wohnheim grundsätzlich davon abhängig gemacht werden muß, daß dem Wohnungssonnmißler eine selbständige, angemessene, untermiethfreie Altmrohung in Breslau zur Verfügung gestellt wird,
3. die Aufgabe der Altmrohung endgültig ist und keine Verpflichtung an den Wohnungssonnmißler begründet, wieder eine Altmrohung zuzuerweisen, falls es Jhnen im Wohnheim nicht gefallen sollte,
4. die Miete für die Wohnungen im Wohnheim mit Rücksicht auf die gegen frühere Zeit sehr gesteigerten Baukosten doch erheblich tiefer wird. In welchem Umfange mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt Miethzuschüsse seitens des Wohlfahrtsamtes zur Verfügung gestellt werden können, läßt sich heute noch nicht sagen; bestimmt aber ist damit zu rechnen, daß nur ein kleiner Teil der Mieter damit wird bedacht werden können.
5. die Bewerber dürfen nur so viel Möbel in das Wohnheim mitbringen, als in ihrer Wohnung Platz haben; Einzelsteller oder Einzelbettenräume sind nicht vorhanden. Es wird den Mietern nichts anderes übrig bleiben, als ihre überflüssigen Möbel zu verkaufen, zu verschenken oder privat auf ihre Kosten unterzubringen.
6. Aus allgemeinen Rücksichten ist es nicht möglich zu gestatten, daß *Sammler, Florent, Stummhohler, Kaufmänner* uhn

J. M.
Hof. Dr. Ried,
Magistratsrat.

wenn Behörden bauen, immer so wahnsinnig teuer gebaut werden muß, daß nicht einmal für den Mieter der geringste persönliche Komfort möglich ist. Nicht einmal ein Klavier, nicht einmal ein Grammophon, nicht einmal ein Radiolautsprecher ist erlaubt! Bleibt man im Magistral, daß Menschen, die von ihm betreut werden, zu Knechtinnen oder Sklaven gemacht werden müssen! Und in diesem Falle handelt es sich doch um Menschen, die einmalig wohnhabend waren, und die nur durch den Vertrag, den der Staat an ihnen verstoßt hat, um ihr Vermögen gekornen sind! Grauenhafte Zustände herrschen in diesem Strödel!

Versteckspiel des Grafen Christian

Mit einer solchen Romädie kann das deutsche Volk unter keinen Umständen einverstanden sein. Es ist schon unerhört, daß sich der Graf Christian auf freiem Fuß befindet, obwohl der Untersuchungsrichter noch nicht einmal weiß, ob schließlich Tödtung oder Rache vorliegt, denn die Verurtheilung ist noch immer nicht abgeschlossen. Nunmehr wird auch Verdict vor der Oeffentlichkeit gesprochen. Das ist etwas ja starke Zumuthung! Das deutsche Volk, das gegen die heutige Justiz schon genug mit Mißtrauen gewappnet ist, sollte von den „Edelsten der Nation“ angemessener behandelt werden. Jedenfalls ist dringend nach den Vorformnissen der letzten Wogen zu fordern, daß Graf Christian von der Justiz behandelt wird wie jeder andere gewöhnliche Sterbliche in einem solchen Falle behandelt werden würde: Er ist wegen Mordverdachts sofort wieder zu verhaften!

Flaggen und Baupolizei

Vor einiger Zeit unterhielten wir uns darüber, daß die Breslauer Juristen zur Erinnerung an ihre Pflichten für die *Polizei* eine Verordnung aushängen mußten, die noch „*föniglich*“ aufgemacht war. Nicht der republikanische Polizeipräsident, sondern der *fönigliche* Polizeipräsident hand — im Jahre 1928 — als Urheber auf der Verordnung. Einus Aehnliches, aber noch Originelleres, passierte dem Inhaber eines bekannten Deminggeschäftes auf der Schwerdiner Strasse. Um seinen Ausverkauf wirksam zu betonen, hatte er eine schließliche und eine Breslauer Kasse herausgehängt. Prompt erschien ein Beamter der Hauptpolizei im Geschäftslotal und machte dem Inhaber darauf aufmerksam, daß er sich mit der Heraus-hängung der Kassen strafbar mache, denn ohne Genehmigung des Polizeipräsidenten sei dies ver-boten! Der Kaufmann ließ sich die Verurteilung zeigen und glaubte, seinen Augen nicht zu trauen, als er am Kopie der Verordnung las: „Der *fönigliche* Polizeipräsident“ und als Unterschrift „von Oppen“. Das Merk-würdige aber war das Datum: 24. 6. 1929! Der Beamte der Hauptpolizei ließ sich jedoch durch die ausbrechende Heiterkeit des Kaufmanns und seiner Zeugen nicht fihren, sondern wies darauf hin, daß auf sein Eingreifen hin auch Leonhard Tieß die Flaggen streichen mußte. Zur Stillung der Klagen gehöre nun einmal die Erlaubnis des Polizeipräsidenten. Darauf fragte der betreffende Kaufmann, wie er sich denn zu verhalten habe, wenn er am Versammlungstage die Fahnen hissen wolle. Prompt kam die Antwort: „Da-zu befähigt Sie ebenfalls der Genehmigung des Herrn Polizeipräsidenten!“ Gegenüber so vieler staatsmännlicher Weisheit verzichtete der Kaufmann auf längere Widerrede, auch er tirsch seine Klagen, aber uns scheint, daß die Breslauer Kaufmannschaft vor der Allgewalt der Hauptpolizei schon mehr als notwendig die Klagen ge-strichen hat.

Ziffern aus der preußischen Schutzpolizei

In einer Rundschuß des preussischen Ministers des Innern über Polizeistellenbesetzung finden sich über die staatliche und kommunale Polizei in Preußen Angaben allgemein interessirenden Inhalts:

In Preußen entfallen auf einen Polizeibeamten im Durchschnitt 464 Einwohner. Bei dieser Berechnung ist die Landjägerei noch nicht berücksichtigt. Außerdem ist inwieweit die Zahl der tatsächlich vorhandenen kommunalen Polizeibeamten auf 12 000 festgestellt worden. Es sind heute einschließlich der Landjägerei und der weiblichen Polizei rund 76 000 staatliche Polizeibeamte vorhanden. Unter Einrechnung der tatsächlich vorhandenen Zahl der kommunalen Polizeibeamten mit rund 12 000 entfallen somit auf die gesamte Einwohnerzahl von 38 045 456 Einwohnern im ganzen 88 000 Polizeibeamte, mithin 432 Einwohner auf einen Polizeibeamten. Hierzu ist zu beachten, daß selbstverständlich in den ländlichen Gegenden und kleineren Städten mit kommunaler Polizei der ortspolizeiliche Bedarf sehr viel geringer ist, als in den verdichteten Polizeibezirken mit ihren meist sehr viel zahlreicheren Bevölkerungsteilen, größerer Kriminalität und stär-

Eisenbahn-Sterbekasse Breslau

Von dem Reingewinn von 553 383,- RM. wurden 260 200,- RM. dem Reservefonds zugeführt, so daß dieser jetzt 10 Prozent der Prämienreserve ausmacht. Eine weitere Hälfte der Reserve enthält das Grundschuldkonto, in das der Betrag nur mit dem Buchwert eingeleitet wird, während der gegenwärtige Verkaufswert der Grundschuld bei vollständiger Schätzung wenigstens 400 000 Mark höher ist. Aus dem Reingewinn wurden ferner 150 000 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Aus diesem Betrage soll das Sterbefallgeld in der Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. August 1927 aufgenommenen Mitglieder und fünfjährigen Mitgliedschaft im Versicherungsfalle freiwillig um 20 Prozent erhöht werden. Außerdem wurde für die Angestellten in der Hauptberufsummlung eine einmalige Zulage bemittelt, und dem Reservefonds der Angestellten ein Betrag von 15 000 Mark zugeführt.

Auch die Einwidmung im neuen Jahre ist recht ertrücklich. Es sind bisher 3122 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von über 1 000 000 Mark neu abgeschlossen worden.

Auch eine Kollegin

Es dürfte unseren Lesern mit der Zeit nicht unbekannt geblieben sein, daß „Die freie Meinung“ von Anfang ihrer Existenz an unter der geheimsten Kontrolle der Tagespresse steht. Immer wieder verpöfcht man aus der Breslauer Tagespresse den Wunsch, uns irgend etwas anhaben zu können. Zu diesem Zwecke hat man sich nicht scheut, sogar entlassene Angestellte auszubuchsen. Aber da wir sehr vorsichtig in der Auswahl unserer Mitarbeiter sind, ist es nicht möglich, kritisch an unsere honorarige Existenz heranzukommen, während es ungetrüb und des Bitteren gelungen ist, nachzukommen, welche merkwürdigen Eigenschaften bei der Breslauer Tagespresse wisten. Die „Areslauer Zeitung“ ist wie aus von vertrauenswürdigster Seite mitgeteilt wird, außerordentlich hoch auf eine Frau Helene S. als Mitarbeiterin, die von Herrn Dr. Cehle als Berichtserkatterin in alle Frauenorganisationen geschickt wird. Dafür aber hat sie, wie sie selbst jagt, so außerordentlich schlecht bezahlt, daß sie mit künftigen Juni monatlich die Wohlfahrt der evangelischen Zentrale in Mülhausen nehmen muß. Die Repräsentation der „Areslauer Zeitung“ ist aber kostspieliger, deshalb muß sie sich zu einem Leben bequemen, dessen Bedingungen die Ursachen unserer heutigen

Warnung vor dieser Frau

find. Nicht nur daß die Frau S., die geschiedene Frau eines bekannten deutschen Schriftstellers, die Vorstandsämtern der von ihr im Kulturgebiet der „Dreslauer Zeitung“ beschlenen Organisationen amputierte, fälschte sie auch Unterschriften und Briefe, um sie Beträge zu erschwindeln; ferner verpackte sie Mitgliedschaften von einer Firma, deren oblicher Name offenbar Vertrauen einflößen soll, aber die Mitgliedschaften werden nie ausgeführt. Um aus diesem Betrug herauszukommen, fälschte sie ebenfalls einen Brief. Es ist unergänglich, daß die betreffenden Organisationen, in die die Frau Gering zu finden wußte, das gemeingefährliche Treiben noch nicht durchschaut haben, so, daß sie die Frau obendrein noch in verschiedene Vorstände hineinwählten. Von einer der „Dreslauer Zeitung“ nachstehenden Organisation wurde sie obendrein sogar noch als Delegierte nach Berlin entsandt! Man muß allerdings zur Entschuldigimg dieser Frau annehmen, daß sie geltlich ihr große Stralalt nicht verantwortlich zu machen ist, zumal, da die fast 60 jährige Frau seit neun Jahren durch Deutschland und das Ausland einen jungen Künstler verfolgt, der mehr als 30 Jahre jünger als sie ist. Im Verfolg dieser Wäure kam sie Ende des vorigen Sommers nach Breslau, wo sie aus purem Mitleid von einer Handwerkerfamilie aufgenommen wurde, die schließlich auch von ihr betrogen wurde.

Die Mithgenheit dieser Frau ging sogar so weit, daß sie ihre verschiedenen Wohlthäter und Gläubiger bei der Kriminalpolizei anzeigte,

vermutlich, um diese ankündigen Menschen unglaublich zu machen. Wir wundern uns nur, daß man in der „Presburger Zeitung“ den Vorgesangsbuch dieser angeblich wertvollen Mitarbeiterin nicht erkannt hat; aber man kann wohl annehmen, daß Herr Dr. Döhl von der Tatsache gebildet wurde, daß Frau H. eine Negierungsrätin-tochter ist, die einen abligen Schwiegersohn hat. Solche Neugierigkeiten imponieren unserer rechtsliberalen Gesellschaft bekanntlich immer noch.

Senden Sie

bitte, „Die freie Meinung“ Ihren Verwandten
und Freunden in den Ferienaufenthalt nach.